



WWF Deutschland

Pressestelle

Freya Duncker

Mönckebergstr. 27 | 20095 Hamburg

Tel.: +49 (0)40 530 200-448

Mobil: +49 (0)151 188 54 945

freya.duncker@wwf.de

www.wwf.de

# Pressemitteilung

## Worte ohne Wirkung WWF-Bericht: Regierungen bleiben hinter Versprechen zum Schutz der Artenvielfalt zurück / Ambitionsniveau für Weltnaturkonferenz muss steigen

**Hamburg, 09.03.2022:** Am 14. März beginnen in Genf die Vorverhandlungen zur Weltnaturkonferenz (CBD COP15) in Kunming. In öffentlichen Erklärungen wie dem Leaders' Pledge for Nature und anderen internationalen Deklarationen haben sich Staats- und Regierungschefs zuvor bereits ambitionierte Ziele für den Erhalt der Artenvielfalt gesetzt. Ein [neuer WWF-Bericht](#) zeigt jedoch, dass sich dieses Ambitionsniveau bislang nicht in den Entwürfen für ein globales Abkommen zum Erhalt der biologischen Vielfalt widerspiegelt.

„Zum jetzigen Zeitpunkt verfehlen die Verhandlungen das Ziel, den Naturverlust bis 2030 umzukehren. Die Versprechen, die die Staats- und Regierungschefs vor den Augen der Weltöffentlichkeit gemacht haben, lösen die bisherigen Entwürfe nicht ein. Das Ambitionsniveau muss dringend steigen“, kritisiert Florian Titze, Experte für internationale Politik beim WWF Deutschland.

Die aktuellen Entwürfe verlangen beispielsweise nur, dass bis 2030 nur der Anstieg der Aussterberate gestoppt oder umgekehrt und das Aussterberisiko um mindestens 10 Prozent verringert wird. Aus Sicht des WWF sollten die Länder stattdessen auf Maßnahmen drängen, die das vom Menschen verursachte Aussterben bedrohter Arten ab sofort verhindern und die Populationsdichte erhöhen. Es fehlt außerdem ein starker Mechanismus, der sicherstellt, dass die Regierungen die Fortschritte regelmäßig überprüfen und die Maßnahmen zur Erreichung der Ziele verstärken. Als Meilenstein muss der ökologische Fußabdruck der weltweiten Produktion und des Konsums von Gütern, der einen erheblichen Anteil am Artensterben hat, bis 2030 halbiert werden. Bislang fehlt auch die Verpflichtung zur Reform der Finanzsysteme, um öffentliche und private Finanzströme auf eine naturverträgliche Entwicklung umzustellen sowie der Abbau aller Subventionen, die der Natur schaden.

Auch die deutsche Bundesregierung hat sich unter Angela Merkel hohe Ziele gesetzt. Sie unterzeichnete unter anderem die Kunming Declaration, den Leaders' Pledge for Nature and People, die High Ambition Coalition, die Global Oceans Alliance, den G7 Nature Compact, die G20 Rome Declaration und die IUCN WCC 2020 Resolution 116.

„Der katastrophale Verlust von Natur erhöht unsere Anfälligkeit für Pandemien, verschärft die Klimakrise und bedroht sowohl Lebensgrundlagen als auch die Weltwirtschaft. Die Staats- und Regierungschefs der Welt haben versprochen, durch ein ehrgeiziges globales Abkommen über die biologische Vielfalt die Natur und die Menschen zu schützen. Die Vorverhandlungen sind die letzte Chance vor der Weltnaturkonferenz, das schwache Ambitionsniveau der aktuellen Entwürfe nach oben zu korrigieren. Deutschland und die EU müssen dabei eine entscheidende Rolle spielen“, fordert Florian Titze. Dazu muss auch gehören, dass die Bundesregierung ihre internationale Finanzierung für die biologische Vielfalt in Entwicklungsländern auf mindestens 2 Mrd. Euro im Jahr erhöht.

## Weitere Informationen:

Freya Duncker, Pressestelle WWF, Tel.: 0151 18854945, [freya.duncker@wwf.de](mailto:freya.duncker@wwf.de)